

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Für Europäische Solidarität gerade in Krisenzeiten – für eine regionale Partnerschaft von Rheinland-Pfalz in der Ukraine

Der Landtag stellt fest:

Der russische Angriff auf die Ukraine markiert eine weltgeschichtliche Zäsur, eine neue Welt(un)ordnung, deren Implikationen weit über einen bloßen Konflikt zweier Nachbarstaaten hinausgeht. Vor diesem Hintergrund und auch aufgrund der angewendeten Brutalität gegen ukrainische Zivilisten hat dieser Krieg ganz Europa erschüttert und gleichzeitig auch eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft ausgelöst – auch bei uns in Deutschland, hier in Rheinland-Pfalz.

Angesichts dieser menschlichen und politischen Katastrophe hat unser Land die Chance, entscheidende Schritte zu unternehmen, um den europäischen Werten tieferen Ausdruck zu verleihen. Neben der humanitären Hilfe in Krisengebieten und der Flüchtlingshilfe hier bei uns in Rheinland-Pfalz erscheint uns die Aufnahme einer Partnerschaft mit einer ukrainischen Region als ein bedeutendes politisches Signal.

Bereits in den letzten Wochen und Monaten ist dieser Gedanke schon von einigen Seiten formuliert und auch im Parlament allgemein wohlwollend aufgenommen worden. Die Landesregierung äußerte sich im Ausschuss für Kultur am 17. März 2022 ebenfalls grundsätzlich offen für ein solches Vorhaben, wollte aber zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Schritte unternehmen oder sich gar festlegen. Dabei wurde auf den Kriegszustand verwiesen, der eine andere Prioritätensetzung erforderlich machte.

Die CDU-Fraktion ist überzeugt: Gerade jetzt, noch während des Krieges, braucht es ein Signal der Unterstützung an die ukrainische Bevölkerung am dringendsten. Seit nunmehr über vier Monaten dauert der russische Angriffskrieg bereits an und scheint, so wünschenswert dies auch wäre, in naher Zukunft kein Ende zu finden. Der weitere Verlauf, die Dauer, Konsequenzen und Implikationen möglicher Friedensverhandlungen – all das ist noch ungewiss. Deshalb dürfen wir eben nicht abwarten, bis die Verhältnisse zu einem unbekanntem Zeitpunkt in der Zukunft auf ungewisse Weise geklärt sind.

Gerade jetzt können wir schon Kontakte knüpfen und auf verschiedenen Wegen auf regionaler Ebene vor Ort Unterstützung leisten und einer Gleichgültigkeit unserer eigenen Bevölkerung auf lange Sicht vorbeugen: Der Krieg in Europa darf nicht aus dem Blickfeld geraten. Wir dürfen angesichts des schrecklichen Leids der ukrainischen Bevölkerung nicht gleichgültig werden. Unsere Unterstützung muss dauerhaft sein. Mit einer solchen Partnerschaft schlagen wir nicht nur eine Brücke nach Europa, sondern bekunden auch, dass wir an der Seite der Ukraine stehen, die ihr Selbstbestimmungsrecht als souveräner Staat verteidigt.

Selbstverständlich stünden die Kontakte zu der Region derzeit unter besonderen Vorzeichen, die jedoch gleichsam der Bedeutung einer wahren Partnerschaft gerecht würden. In diesem Rahmen sollen auch rheinland-pfälzisch-ukrainische Kommunalpartnerschaften entstehen und durch das Land gefördert werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- in Abstimmung mit der ukrainischen Botschaft in Berlin eine passende Partnerregion in der Ukraine für unser Land zu finden, um so der Solidarität unter europäischen Nachbarn Ausdruck zu verleihen;
- die Knüpfung dieser Kontakte ausdrücklich zeitnah anzugehen und nicht auf ein ungewisses Kriegsende hin zu vertagen;
- kommunale Partnerschaften in diesem Rahmen zu fördern.

Für die Fraktion:
Martin Brandl